

Konzerne haben in Zimbabwe nach Schätzungen 1 Mrd. Rand investiert (1 Rand = etwa 2 DM); südafrikanische Firmen sind die Hauptlieferanten Zimbabwes; die Republik Südafrika stellte dem Smith-Regime Jahr für Jahr große Summen zur Verfügung, da dieses die steigenden Kriegskosten nicht mehr aus eigener Kraft zu finanzieren vermochte, so daß der nun unabhängige Staat sich hohen Forderungen der RSA gegenüber sieht. Vor allem aber drohte das südafrikanische Regime Zimbabwe sogleich militärische Aggressionsakte für den Fall an, daß die neue Regierung die Befreiungsbewegung Südafrikas unterstützen sollte. Die bisher immer wieder bewiesene Skrupellosigkeit Südafrikas bei der Verübung von Angriffen auf Nachbarländer, in denen die Freiheitskämpfer ihren Rückhalt haben, macht diese Ankündigung zu einer ernst zu nehmenden Interventionsdrohung und damit zu einer Bedrohung der gerade gewonnenen Unabhängigkeit.

Eine eventuell wesentlich wirksamere Beeinflussung der Entwicklung Zimbabwes ist jedoch Bestandteil eines Konzepts der NATO-Mächte für das südöstliche Afrika, das sich abzuzeichnen begonnen hat. Danach zielen die Bemühungen der EG-/NATO-Länder sowie der USA darauf ab, unter Ausnutzung vorhandener Probleme (z. B. auch die enge infrastrukturelle Verbindung Zimbabwes mit Südafrika, aber auch Moçambique) und Schwächen in den Ländern dieser Region (vor allem Tansania, Sambia, Moçambique und eben Zimbabwe), mit Hilfe von finanziellen und technischen Unterstützungsangeboten sowie durch taktisches Wohlverhalten gegenüber der bislang als „kommunistische Gefahr“ verketteten Befreiungsbewegung als Regierungspartei Einfluß zu gewinnen und das zu bewerkstelligen, was im Jargon der FAZ, welche nach dem „Mugabe-Schock“ recht schnell die Sprache wiederfand, heißt, die angeblich marxistische Bewegung Mugabes „aus den Armen des so-wjetischen Blocks zu lösen“, sprich: auf

den Pfad westlicher Tugend zurückzuführen. Wie wenig bislang die Rechnungen des Imperialismus aufgegangen sind, sowenig sind indessen derartige Versuche zu unterschätzen, zumal wenn sie sich interner Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ökonomischer wie politisch-ideologischer Art bedienen könnten. In welche Richtung diese Versuche zielen, wird aus den Charakterisierungen deutlich, welche die Presse im Westen Mugabe, dem laut Eigenbezeichnung „maoistischen Marxisten-Leninisten“ („L'Express“), neuerdings zukommen läßt, und die von dem lobenden Attribut „Pragmatiker“ bis zu der unverhohlenen Hoffnung reichen, Mugabe werde sich möglicherweise zu einem zweiten Jomo Kenyatta wandeln, der bekanntlich auch einmal als Guerillaführer „radikal“ angefangen habe.

Jürgen Ostrowsky

„Die Grünen“ nach Saarbrücken

Auf ihrem ersten Programmparteitag hat die seit Mitte Januar bundesweit organisierte Partei „Die Grünen“ vom 21. bis 23. März in Saarbrücken den Versuch unternommen, bislang vorliegende Wahlplattformen und -Erklärungen zu einem umfassenderen und präziseren Parteiprogramm fortzuschreiben. Für viele Beobachter und auch Parteitagsdelegierte überraschend, setzte die Mehrheit der rund 800 Delegierten in wichtigen Abschnitten des Programms eine Reihe progressiv-pazifistischer, radikaldemokratischer und (zumindest in Ansätzen) systemkritischer Verbesserungen durch, die – der bei den Grünen bisher dominierenden eher konservativ-ökologischen Linie offenkundig zuwiderlaufend – tiefe

konzeptionelle Widersprüche sichtbar werden ließen und die neue Partei im Verlauf des Kongresses mehrmals an den Rand der Spaltung brachten.

Gegenstand vielfach knapper Kampfabstimmungen und kontroverser Debatten waren Anträge, die auf konkretere und meistens radikalere Aussagen zur außenpolitischen Orientierung, zur wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption und zum Programmpunkt „Frauen“ abzielten.

Beschlossen wurden u. a. Forderungen wie die nach „sofortiger Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes“, nach einseitigen Abrüstungsvorgaben des Westens (u. a. durch den „Abbau der deutschen Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf friedliche Produktion . . .“) sowie die Ablehnung der Produktion wie Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa. Betont wurden im Programmpunkt „Außen- und Friedenspolitik“ außerdem die Absage an jede Form der Zusammenarbeit mit „faschistischen und rassistischen Regimen“ – wie insgesamt der Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt – bei mancher Widersprüchlichkeit des Forderungskataloges im einzelnen – große Bedeutung beigemessen wurde¹⁾.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Programmaussagen wurden durch zum Teil an ähnlichen Gewerkschaftsbeschlüssen orientierte Forderungen („35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“; Investitionsauflagen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit) wie auch durch das mittelständisch-antimonopolistische Verlangen präzisiert, „die Großkonzerne zu entflechten“²⁾ und „Konzentrationsbestrebungen zu verhindern“,

ansonsten aber vom „Grundsatz der Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Betriebe“ auszugehen – während eine überbetriebliche Einflußnahme „Wirtschafts- und Sozialräten“ vorbehalten bleiben soll, die „zu je einem Viertel aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Unternehmer, der Konsumenten und der Umweltschutzverbände“ zu rekrutieren seien.

Die mit Abstand längste und härteste Debatte führten die Delegierten um die programmatische Behandlung des § 218³⁾, was u. a. dazu führte, daß wichtige Teile des Programmwurfes (wie der Punkt „Demokratie und Recht“⁴⁾) ohne Berücksichtigung ergänzender bzw. kontroverser Anträge en bloc beschlossen wurden.

Bei aller Progressivität zahlreicher Beschlüsse, die u. a. die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu der Einschätzung veranlaßte, „unter dem Einfluß unbestimmter Vorstellungen von Fortschritt und Emanzipation“ habe sich die Grüne Partei „nach links bewegt“ und dabei „den klaren Anspruch vermieden, daß die Hinwendung zur Ökologie auch Opfer fordert“⁵⁾, hinterließ der Parteitag von Saarbrücken beim wohlwollenden wie skeptischen Beobachter eine Reihe offener Fragen in bezug auf den innen- wie außenpolitischen Kurs und die Perspektiven der neuen Partei, die Schwerpunktsetzung bei künftigen Aktivitäten sowie das Verhältnis zur demokratischen Bewegung, den Arbeiterorganisationen (und hier insbesondere zu den Gewerkschaften) – um die wesentlichen Unklarheiten zu nennen.

3) Die zum Teil leidenschaftlich geführte Kontroverse endete mit einem Kompromiß zugunsten der Gegner des § 218 bzw. zuungunsten der dezidiert konservativen Naturschützer, die darauf gedrungen hatten, sich in dieser Frage nicht festzulegen.

4) In diesem Punkt sind bereits im Entwurf der Programmkommission zahlreiche Aussagen enthalten, die auf die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik zielen und die Entwicklung zum „autoritären Maßnahmen- und Überwachungsstaat“ kompromißlos ablehnen.

5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 24. 3. 1980.

1) Die Formulierung „Unterstützung aller Befreiungskämpfe, die für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung . . . geführt werden“ war mit knapper Mehrheit abgelehnt worden.

2) Der weitergehende Antrag, die „in überschaubare Mittelbetriebe“ zu entflechtenden Konzerne „in gesellschaftlichen Besitz“ zu überführen, wurde abgelehnt.

Hier soll – zum besseren Verständnis der neuen Parteigründung – zunächst einmal daran erinnert werden, daß die ersten vorrangig ökologisch ausgerichteten und auf die Teilnahme an Wahlen orientierenden Parteiansätze bereits 1977/78 die politische Bühne der Bundesrepublik betraten. In diesem Zusammenhang sei auf die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) des aus der CDU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, die „Grüne Liste Umweltschutz“ (GLU) und schließlich auch die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) des CSU-Mitbegründers August Haußleiter⁶⁾ verwiesen. In ihren programmatischen Aussagen finden sich neben den dominierenden ökologischen Reformforderungen Anleihen aus einem von bürgerlichem Kulturpessimismus geprägten Konservatismus, einige (meist verschwommen-ungenau) außenpolitische Aussagen, aber zugleich auch radikaldemokratische und pazifistische Forderungen.

Bereits 1977 hatte die AUD Haußleiters ein „ökologisch-sozialistisches“ Programm beschlossen, 1978 erschienen – aus Anlaß der hessischen Landtagswahlen – Grundsatzserklärungen der GAZ und der Listenverbindung GLU/GLW⁷⁾. In Anlehnung an konvergenztheoretische Auffassungen erklärt das „Grüne Manifest“ der GAZ die „in den Industrieländern“ betriebene „materialistische Verschwendungswirtschaft“ mit all ihren die Menschheit bedrohenden ökologischen Folgen zum entscheidenden Angriffsziel – ohne allerdings die den destruktivsten Wachstumserscheinungen zugrundeliegenden profit- und privatkapitalistisch ausgerichteten Produktionsverhältnisse auch nur zu erwähnen. Die Erhaltungswürdigkeit einer Reihe konservativer Wertvorstellungen betonend („Die Erfüllung findet jeder einzelne vorwiegend in

seinen geistig-seelischen, kulturellen und religiösen Erlebnissen sowie in den sozialen Bindungen seiner Familie, der Wohn- und Arbeitsgemeinschaft innerhalb seines Heimatlandes . . . Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen“⁸⁾) formulierten die Vertreter der ökologischen Linie des Bestseller-Autors Gruhl⁹⁾ die prägnante Losung: „Alles muß einfacher werden: der Mensch, die Verwaltung, die Technik, der Verkehr“; und: „Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen.“¹⁰⁾

Diese ersten mitgliederschwachen und in der Regel nur regional existenten Organisationen entstanden zum einen, um ökologischen Auffassungen über den Rahmen der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung hinaus Geltung zu verschaffen; zum zweiten, um auf der Grundlage der „ökologischen Alternative“ der Krisen- und Zukunftsangst vor allem in der heranwachsenden Generation, der zunehmenden Unzufriedenheit mit dem Demokratieverständnis und der politischen Praxis des „Drei-Parteien-Kartells“ sowie dem in der Bewegung der Bürgerinitiativen sichtbar gewordenen Protestpotential eine politische Plattform bzw. Heimat zu bieten.

Wohl auch als Reaktion auf die konservative Vermarktung des Ökologieproblems durch Profi-Politiker wie Gruhl und Haußleiter schlossen sich – zunächst in Hamburg und Westberlin („Bunte Liste/Wehrt Euch“ bzw. „Alternative Liste“) – einige hundert mehr linksorientierte lokale Initiativen zu Wahlverbindungen zusammen, die sich zumindest in ihrer Anfangsphase zuvorderst aus versprengten Residuen der antiautoritären Studentenbewegung der 60er Jahre, aus Mitgliedern und Sympathisanten der

6) Zur schillernden politischen Entwicklung Haußleiters vgl. „Der Spiegel“ vom 7. 4. 1980 und „Die Neue“ vom 11. 4. 1980.

7) „Wählergemeinschaft Grüne Liste“.

8) „Das Grüne Manifest“ der GAZ (Pkt. 7) vom 13. 7. 1978, Wortlaut in: „Blätter“, 9/1978, S. 1149f.

9) Vgl. Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Frankfurt a. M. 1978; bisherige Auflage: 280 000.

10) „Das Grüne Manifest“ . . . (Pkt. 8), a. a. O.

maoistischen K-Gruppen sowie der „Sponti“-Bewegung und anderen „heimatlosen“ Linken rekrutierten und neben ökologischen Reformforderungen ein deutlicheres Maß an Systemkritik und antikapitalistischer Strategie wie auch die Anliegen der sog. autonomen Frauenbewegung, der Homosexuellen, sozialer Minderheiten und Randgruppen berücksichtigt wissen wollten. Die „Bunten“ bzw. „Alternativen“ gewannen bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen (September 1978) und den Wahlen zum Westberliner Senat (März 1979) auf Anhieb 3,5% (3,7%) der Stimmen und signalisierten damit, daß eine erfolgreiche bundesweite Wahlbeteiligung der politischen Ökologiebewegung eine angemessene Berücksichtigung des aktivistischen linken Flügels voraussetzte.

Dennoch starteten bundesweit die „grünen“ Grünen zunächst allein. Im Sommer 1979 entstand aus Anlaß der ersten Europawahlen (Juni 1979) unter der Bezeichnung „Sonstige politische Vereinigung – Die Grünen“ ein (maßgeblich durch Gruhl zusammengebrachtes) Wahlbündnis, das zwar nur aus sechs organisatorisch schwachen und mehrheitlich ökologisch-konservativ orientierten Organisationen bestand, jedoch einen Teil seiner Wahlkandidaten aus der außerparlamentarischen Bewegung der Bürgerinitiativen zu rekrutieren vermochte. Ein Vorgang, der offensichtlich das Mißtrauen und die Ablehnung vieler Mitglieder z. B. der im „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) zusammengeschlossenen Gruppen erstmals abbauen half – ohne daß damit die zahlreichen Stimmen verstummten, die an der neuen politischen Kraft (auch noch im März 1980) „zu viel Machthunger . . . , zu viel undurchschaubare politische Heimat, zu viel Intoleranz und zu viel unausgegorene politische Vorstellung“ sowie das Schüren illusionärer parlamentarischer Hoffnungen kritisieren und zudem befürchten, daß eine grüne Partei personell wie politisch die Substanz der außer-

parlamentarischen Umweltbewegung bedroht¹¹⁾.

Das beachtliche Abschneiden der Grünen bei den Europawahlen (3,2 %) und den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft (5,1%) sowie der Einzug – nun erstmals „grün/bunter“ Listenverbindungen – in einige nordrhein-westfälische Stadt- und Stadtbezirksparlamente (Münster, Bielefeld, Leverkusen, Köln) dürfte den Initiatoren der „Sonstigen politischen Vereinigung“ den letzten Anstoß gegeben haben, die Gründung einer bundesweit organisierten Partei zu forcieren, die ein möglichst großes Spektrum der erfolgreich auf ökologischem Kurs agierenden Listenverbindungen zu der politischen Alternative gegenüber den „alten Parteien“ vereint.

Programmatisch sei allein die Bereitschaft voranzusetzen, den „systemübergreifenden“ Charakter der „ökologisch, gewaltfrei, sozial und basisdemokratisch“ ausgerichteten „anti-Partei“ zu akzeptieren: Ohnehin seien die „links‘ und ‚rechts‘ Argumente“ veraltet und entstammten „nicht mehr sinnvollen Analysen“, müssten die „Leitvorstellungen aus der politischen Ökonomie theoretisch und praktisch den Leitvorstellungen der Ökologie untergeordnet werden!“¹²⁾. So Petra Kelly¹³⁾, die neuerdings der dreiköpfigen Führung der Grünen angehört, während Rudolf Bahro die antikapitalistische Version der systemübergreifenden ökologischen Orientierung formulierte: „Wer heute in einem theoretischen Sinne Marxist sein will, der muß vor allem eins in Angriff nehmen: die überlieferte politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus ökologisch umschreiben . . . Danach wird nichts in unserer ökonomischen Theorie mehr ebenso aussehen wie

11) „Umweltmagazin“, Zeitschrift des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, 2/1980, S. 40f.

12) Petra Karin Kelly, Wir wagen mehr Demokratie!, in: „Neue Politik“, 2/1980, S. 30.

13) Genauere Angaben zur politischen Biographie Petra Kellys liefert „Der Spiegel“ vom 7. 4. 1980.

bisher, nichts mit zwei Ausnahmen: dem Ziel der allgemeinen Emanzipation und dem Angriffspunkt der Analyse. Das wird nach wie vor der Kapitalismus sein.¹⁴⁾ Auch Bahro erklärt das „bürgerliche Rechts-Links-Schema“ für überholt¹⁵⁾; bald nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik begann er, für ein möglichst breites ökologisches Bündnis unter Ein-schluß bürgerlicher Strömungen zu werben und spielte eine nicht unwichtige Rolle, als es Anfang November 1979 auf einem Sondierungskongreß in Offenbach den für konservative Grüne wie linksorientierte Bunte und Alternative akzeptablen formalen und konzeptionellen Rahmen der neuen Partei abzustecken galt und schließlich – nach längerem Gezänk um die Frage einer (in erster Linie K-Gruppen-Mitglieder betreffenden) Doppelmitgliedschaft – die Einberufung des Gründungsparteitages für Mitte Januar 1980 beschlossen wurde.

Als die Entscheidung fiel, „Die Grünen“ in eine Bundespartei umzuwandeln, verfügte der bis dahin nur lockere Zusammenschluß über alles in allem gerade 2800 Mitglieder. In den Wochen zwischen Offenbach und Karlsruhe traten den Kreis- und Landesverbänden der Grünen rund 7000 neue Mitglieder bei. Blieben Landesverbände wie Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein den eher konservativ-bürgerlichen Grünen als Hochburgen erhalten, so kam – nach harten Auseinandersetzungen unter den Bunten und Alternativen über ihr Verhältnis zur grünen Parteigründung – ein nicht unbedeutender Teil der Neuzugänge¹⁶⁾ dem linken Flügel der neuen

Partei zugute – wie wenig aussagekräftig eine solche Zuordnung im Falle der Grünen auch sein mag.

Der Gründungsparteitag hatte aus Zeitmangel Diskussion und Verabschiedung des Programms nach Saarbrücken vertagen müssen. Stand für den konservativen Teil der Naturschutzbewegung bzw. die Strategen der ausschließlich ökologischen Linie bei den Vorbereitungen des Programmparteitages allenfalls die Präzisierung des propagierten „ökologischen Humanismus“ zur Diskussion, so bereitete man sich etwa bei den „für das enge Bündnis zwischen ökologischer Bewegung und Arbeiterbewegung“ eintretenden Westberliner „alternativen“ Grünen zum einen auf die Einbringung z. B. von „linken gewerkschaftlichen Forderungen“ im Bereich der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik, zum anderen auf den Versuch vor, „insgesamt hinsichtlich der Perspektive der gesamten Gesellschaft fortschrittliche Ideen unterzubringen“¹⁷⁾. Nicht ohne Erfolg, wie der Verlauf des Parteitages in Saarbrücken offenbarte – was den FAZ-Kommentator Fromme zur beschwichtigenden (wie aufschlußreichen) Einschätzung veranlaßte, „der unpolitische Sinn vieler Grüner, die mit linken Parolen nichts im Sinn haben, weil sie sich im Besitz einer höheren Wahrheit wähnen“, habe die Neigung gefördert, „Anträgen zuzustimmen, die als Kritik am System aufgefaßt werden konnten“¹⁸⁾.

Die berufliche und soziale Stellung einer großen Mehrheit der Delegierten des Programmparteitages (es dominierten Angehörige der „Mittelschichten“, Lehrer und Studenten sowie Selbständige mit in der Regel akademischer Ausbildung) signalisierten wie viele Anträge und Diskussionsbeiträge den nach wie vor starken Einfluß bürgerlichen Politikver-

14) Zuletzt im Anschluß an den Parteitag von Saarbrücken in: „Frankfurter Rundschau“ (FR) vom 1. 4. 1980.

15) Rede Bahros auf dem Gründungskongreß der Grünen in Karlsruhe, zit. nach: „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“, 2/1980, S. 34.

16) So bestimmen heute in der Hamburger und Westberliner Parteiorganisation die „bunten“ bzw. „alternativen“ Grünen personell wie politisch den Kurs der neuen Partei. Zusammen stellen die Grünen aus diesen beiden Städten etwa ein Zehntel der (Ende März) 13 000 Parteimitglieder.

17) So Vertreter der „Alternativen Liste Westberlin“ vor dem Programmparteitag; zit. nach: „Beiträge . . .“, a. a. O., S. 8ff.

18) FAZ vom 31. 3. 1980.

ständnisses und wenig präziser idealistischer Wertvorstellungen. Vielen dieser in Fragen etwa des Naturschutzes hochgebildeten Menschen dürfte – allein schon von ihrem beruflichen Interesse her – die Bewältigung ökologischer Probleme als entschieden wesentlicher erschienen sein als die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten von durch Existenzsorgen, Arbeitslosigkeit usw. bedrohten Arbeitern und Angestellten.

Unmittelbar nach Abschluß des Parteitauges begannen führende Repräsentanten der „grünen“ Grünen sogleich die (nicht allein) von der FAZ geschlagene goldene Brücke zurück zur ökologischen Selbstbeschränkung zu beschreiten. Dabei geht es den Vertretern der „systemübergreifend“-klassenneutralen ökologischen Linie zunächst darum, ein (von den einen prinzipiell¹⁹⁾, von den anderen aus wahltaktischen Gründen bekämpftes) Abgleiten auf klassenkämpferische Positionen zu verhindern und die durch die Beschlüsse von Saarbrücken verprellten Konservativen um Gruhl und Springmann der Partei zu erhalten²⁰⁾.

„Die Grünen“, das zumindest ließ sich bereits vor Saarbrücken absehen, sind also weder auf dem Wege, die (von manchem ihrer Mitglieder herbeigewünschte) linkssozialistische Partei, noch die Organisation der umfassenden gesellschaftspolitischen Alternative zu werden. Nach wie vor fehlt – hinter der mehr als berechtigten „Absage an eine Wirtschaft der Ausbeutung und des Raubbaus an

Naturgütern und Rohstoffen“²¹⁾ die präzise Analyse und ausreichende konzeptionelle Berücksichtigung der Produktions- und Aneignungsverhältnisse in der Bundesrepublik – als wesentliche Voraussetzung der Absage an eine Wirtschaft der Ausbeutung des Menschen – und zugleich auch der Einsicht, daß die langfristige Lösung der ökologischen Probleme dieser Gesellschaft ohne die „traditionellen“ demokratischen Kräfte und hier insbesondere die Gewerkschaftsbewegung kaum möglich sein dürfte.

Trotz aller Widersprüche und mangelnden Konsistenz in Programm wie Mitgliederbasis der neuen Partei deutet sich jedoch an, daß sich „Die Grünen“ – ihre interne Konsolidierung vorausgesetzt – nach Zielsetzung und Anhängerschaft zu einem ernstzunehmenden parteipolitischen Repräsentanten der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung und möglicherweise auch des über diese hinausgehenden Protestpotentials entwickeln können. Es sollte daher – unabhängig von kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen – weder im Spektrum der demokratischen Bewegung im allgemeinen noch in den fortschrittlichen Arbeiterorganisationen im besonderen unbeachtet bleiben, ob und wie sich die Grünen an künftigen sozialen und politischen Bewegungen beteiligen werden und wohin sich das demokratische Potential entwickelt, das sie heute – wenn auch zu einem Großteil nur als Wähler – auf sich zu orientieren vermögen.

Reinhold Billstein

19) Zur Positionsbestimmung der „prinzipiellen“ bzw. konservativ-ökologischen Grünen vgl. die FR vom 31. 3. 1980, die ein ausführliches Interview mit dem von den Massenmedien als *der Grüne* vermarkteten Öko-Landwirt Baldur Springmann enthält.

20) Vgl. die FR vom 1. 4. 1980.

21) Aus der Präambel des Parteiprogramms der Grünen.